

Kommunaler Finanzausgleich: Zwei plus zwei = eins plus drei

Meldungen über vermeintlich spektakuläre Zuwächse oder Rückgänge von Steuereinnahmen sagen herzlich wenig über eine konkrete Haushaltssituation, aber viel über politische Absichten aus. Wir sollen glauben, diese Gelder stünden einem Haushalt direkt zur Verfügung oder würden dort komplett fehlen. Wohltuend sachlich erläutert dagegen die SPD Neukirchen-Vluyn (NRW) den dortigen Gewerbesteuerrückgang um 1 Mio. im Jahr 2013: **„Ausbleibende Steuereinnahmen bedeuten zwar Einschränkungen für die kommunale Haushaltswirtschaft. Ihre Auswirkungen sind jedoch bei weitem nicht so gravierend, wie die bloße Nennung des Einnahmeausfalls suggeriert. Das System aus Gewerbesteuerumlage, Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage kompensiert den Ausfall (wenngleich mit zeitlicher Verzögerung) zu mehr als 90 %.“**

Die Städte und Gemeinden Baden-Württembergs haben unterschiedliche Aufgaben, verfügen dafür aber meist nicht über ausreichende Einnahmen. Damit dennoch alle ihre Pflichten erfüllen können unterliegen sie einem vergleichbaren Ausgleichssystem: erst mal werfen sie einen Teil ihrer Steuereinnahmen in einen gemeinsamen Topf. Daraus erhalten sie dann ihre **Schlüsselzuweisungen** – eine Art Kopfgeld, das den Fehlbetrag zwischen der eigenen Steuerkraft und einem theoretischen Grundversorgungsbedarf pro Einwohner und Gemeindegröße ausgleicht. Am Ende führen geringere Steuereinnahmen zu höheren Zuweisungen und umgekehrt. Erste Rechenergebnisse des komplizierten Gebens und Nehmens stehen nach etwa 1,5 Jahren fest, Nachzahlungen oder Rückvergütungen sind dann möglich.

Wie man es auch dreht und wendet: die Summe aus eigener Steuerkraft plus Zuweisungen ergibt auch in Waldbronn unterm Strich bei den wichtigsten Haushaltsmitteln immer nur so viel, wie zur **Erfüllung der Pflichtleistungen** für jeden Einwohner veranschlagt wird. Zwei plus zwei ist so viel wie eins plus drei.

Infrastrukturfolgekosten: Für Neubaugebiete bezahlen alle - für immer

Es klingt so schön einfach: manche behaupten, durch Neubaugebiete auf der grünen Wiese könne man einen Gemeindehaushalt sanieren. Was sie verschweigen: den möglichen Mehreinnahmen stehen hohe Mehrausgaben für die benötigte Infrastruktur gegenüber. Nicht nur für die Herstellung, sondern dauerhaft für laufenden Betrieb, Unterhalt, Instandsetzung und Erneuerung. Diese **Infrastruktur-Folgekosten** für Straßen, Zu- und Abwasser, Strom, Gas, Telefon, Müll, Beleuchtung, Regenrückhaltebecken, Grünflächen, öffentliche Verkehrsmittel, Winterdienst, usw. laufen über die Jahre zu enormen Summen auf - auch dann, wenn die Amtszeiten der heutigen Entscheidungsträger schon längst vorbei sind. Eindrucksvoll lässt sich das von jedem nachvollziehen, der mit dem **online-Folgekostenschätzer** auf **www.was-kostet-mein-baugebiet.de** seine eigenen Baulandstrategien durchspielt.

Wer bezahlt das alles? Als Daumenregel gilt unter Experten: Ein Drittel **die Grundstücksbesitzer**, ein Drittel **die Gemeinde** und ein Drittel die Allgemeinheit aller Netznutzer, also **wir alle**. Die Kosten der Versorgungsnetze werden schließlich nicht nach individuellem Lieferaufwand berechnet, sondern pauschal auf alle umgelegt. Mit jedem aufwändigen Ausbau all dieser Netze im Außenbereich ist der weitere Anstieg von **Gebühren und Abgaben** als „**zweite Miete für alle**“ schon vorprogrammiert.

Das ständige Wiederholen durch einige Interessensgruppen macht sie nicht wahrer: die Geschichte vom wundersamen „Goldesel Neubaugebiet“ ist heutzutage ein **großes Ammenmärchen**. Statt schon längst steinreich zu sein sind Gemeinden wie Waldbronn klamm wie eh und je.

Wer sich wirklich um die Gemeindefinanzen sorgt, sollte nachrechnen...und sich etwas Besseres einfallen lassen, als auf ewig dem Kämmerer sowie allen Steuer- Gebühren- und Abgabepflichtigen und ihren Nachkommen die Folgekosten für eine immer aufgeblähtere Infrastruktur aufzubürden. Übrigens: die Devise „**Qualität statt Quantität**“ stand schon im alten Leitbild für Waldbronn.

Baulandstrategien: Nachrechnen lohnt sich!

Baulanderschließung teilt sich auf in die **äußere Erschließung**, die ein Neubaugebiet mit Transportleitungen für verschiedenste Versorgungsetze, Verteiler- und Knotenpunkten, Zufahrtsstraßen, Buslinien usw. an den bestehenden Ort anbindet, und die **innere Erschließung** von Wohnstraßen, Rad- und Gehwegen, Straßenbeleuchtung, Zuleitungen für Strom, Wasser, Gas, Telefon und Internet, Regenrückhaltebecken usw. Für Erstellung und Unterhalt all dieser Infrastruktureinrichtungen fallen dauerhaft beträchtliche Mehrkosten an.

Andererseits werden die wichtigsten Haushaltsmitteln einer Gemeinde durch den kommunalen Finanzausgleich gedeckelt: eigene Steuereinnahmen plus Aufstockung durch Schlüsselzuweisungen sichern stets nur eine Grundversorgung pro Einwohner - unabhängig von dessen Einkommenshöhe. Der Eigenanteil der Gemeinde an der Einkommensteuer ist mit 15% überschaubar und die Kreisumlage schmälert den Gesamtertrag deutlich.

Experten haben daher mehrfach nachgerechnet, wo sich das Bauen in Gemeinden wie Waldbronn unterm Strich steuerlich überhaupt rechnet. Die Gegenüberstellung möglicher Mehreinnahmen und erforderlicher Ausgaben zeigt:

- **Kleinere Flächen im Innenbereich** brauchen weder äußere noch innere Erschließung. Die Effizienz der bestehenden Netze wird erhöht, eine Mitfinanzierung durch die Gemeinde und alle Netznutzer entfällt. Zusätzliche Steuereinnahmen bleiben in der Gemeindekasse.
- **Größere Flächen im Innenbereich** brauchen eine innere Erschließung, an deren Kosten die Gemeinde und alle Netznutzer dauerhaft beteiligt sind. Von den Mehreinnahmen bleibt der Gemeinde weitaus weniger übrig.
- **Flächen im Außenbereich** brauchen sowohl eine innere als auch eine aufwändige äußere Erschließung. Deren hohe Kosten müssen die Gemeinde und alle Netznutzer für immer mittragen. So bleibt am Ende von den Mehreinnahmen nichts übrig, meist muss Jahr für Jahr sogar noch draufgelegt werden.

Naive Milchmädchenrechnungen bringen Waldbronn nicht weiter. **Sachlichkeit** und **objektive Kosten-Nutzen-Betrachtungen** schon.

Ein Baugebiet ums andere: Die Möhre an der Angel soll den Esel am Laufen Halten

Der Finanzausgleich zwischen den Kommunen funktioniert völlig anders als Ein- und Auszahlungen auf einem Bankkonto. Es dauert z.B. lange, bis sich Veränderungen bei der Einwohnerstruktur bemerkbar machen. Erst mit einer **Verzögerung von sechs bis acht Jahren** nach dem Zuzug neuer Einwohner fließen Mehreinnahmen aus deren Einkommensteuer tatsächlich in eine Gemeindekasse. Würde die (nicht nur in Waldbronn) bei einigen Interessensgruppen so beliebte pauschale Behauptung „Neubaugebiete verbessern den Gemeindehaushalt“ zutreffen, müsste also spätestens acht Jahre nach der Besiedelung eines Neubaugebiets eine Nettoentlastung bei den Gemeindefinanzen feststellbar sein.

Der **Neue Heubusch** wurde 2006/07 bebaut. Spätestens **ab 2014 hätte** demnach eine spürbare Entlastung des Waldbronner Haushalts eintreten müssen. Wo ist sie? Wo sind die früherer Baugebiete? Es bestätigen sich offensichtlich die Kosten-Nutzen-Analysen, wonach für Gemeinden wie Waldbronn Erschließungen im Außenbereich bestenfalls Nullnummern für den Gemeindehaushalt sind. Schon fünf Jahre später wurde der **Rück** besiedelt. Erst etwa **ab 2019** werden dort die tatsächlichen steuerlichen Auswirkungen übersehbar sein.

Gleich darauf rufen manche schon wieder laut nach einem weiteren großen Baugebiet – natürlich mit der altbekannten Parole fehlender Steuereinnahmen. Sie ignorieren damit nicht nur die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den steuerlichen Auswirkungen und alle Verpflichtungen und Vorgaben aus Politik und Raumordnung, sondern auch die Fakten vor Ort: keine erkennbare Haushaltsentlastung durch den Neuen Heubusch, das Ergebnis des Rück ungewiss und die amtliche Prognose „Stagnation“ zur demografischen Entwicklung Waldbronns bis 2030.

Neubaugebiete erschließen, deren Infrastruktur-Folgekosten sowie ausbleibender Nettoertrag und um Jahre verzögerter Steuereingang den Haushalt belasten. Und dann wegen der Belastung des Haushalts möglichst schnell ein weiteres großes Baugebiet fordern. **Die Möhre an der Angel soll den Esel am Laufen halten.**

Aktive Innenentwicklung: Kompakt macht attraktiv

Waldbronn geht es hervorragend. Seine wirtschaftlichen und sozialen Strukturdaten. bestätigen das. Und Waldbronn lässt es sich richtig gut gehen: der kleine Ort gönnt sich bekanntlich außerordentlich teure freiwillige Einrichtungen, deren Gesamtheit die BNN eine **Infrastruktur von den Ausmaßen einer Kreisstadt** nannte.

Möglichst alle dieser Einrichtungen sollen dauerhaft erhalten bleiben. Um diesem Ziel nahe zu kommen, muss man die Weichen für die Zukunft richtig stellen. Die Experten sind sich einig: wie man es auch dreht und wendet - wegen der dauerhaften Folgekosten und den Wechselwirkungen des kommunalen Finanzausgleichs kann eine Gemeinde wie Waldbronn durch mehr Bauflächen keine zusätzlichen Nettoeinnahmen erzielen. Alle Analysen der steuerlichen Auswirkungen belegen, dass eine maßvolle Innenentwicklung die wichtigste Voraussetzung für die Stabilisierung eines Haushalts ist. Entlasten kann man ihn immer nur bei den Ausgaben und manche lässt man besser gar nicht erst entstehen. Nur mit einer **effizienten Nutzung der vorhandenen Ressourcen** lassen sich die hohen Aufwendungen bewältigen. Nicht umsonst empfiehlt der Gemeindetag Baden-Württemberg seinen Mitgliedern schon seit über einem Jahrzehnt das Konzept einer **kompakten Kommune**. Eine Studie an Umlandgemeinden im Großraum Stuttgart fasst es so zusammen: „**Die Folgekosten führen dazu, dass alle Gemeinden, die heute den Konkurrenzkampf um junge Familien mit Hilfe von Neubaugebieten austragen, sich am Ende als Verlierer wiederfinden werden. Den Einnahmen werden weit höhere Ausgaben gegenüberstehen. Die Flächen und Kosten sparenden Kommunen hingegen werden dann in vielerlei Hinsicht attraktiv für die Bevölkerung sein**“.

Übrigens: bei allen Kosten-Nutzen-Betrachtungen ist ein Gegenwert für verbrauchte Landwirtschaftsflächen, die zunehmend auch für nachwachsende Rohstoffe und Energieträger genutzt werden, nicht eingerechnet. Die Ergebnisse würden sonst noch viel eindeutiger ausfallen.

Fiskalische Wirkungsanalysen: Kühe gehen nicht zur Schule!

„cows don´t go to school“ ist ein perfektes Beispiel dafür, dass Amerikaner Themen gerne mit einem Satz auf den Punkt bringen: hier wie dort erschließen kleinere Gemeinden häufig Neubaugebiete auf der grünen Wiese „aus dem Bauch heraus“ und unter politischem Druck. Über die tatsächlichen und weitreichenden Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt herrscht jedoch weitgehend Unklarheit.

Zusätzliche Steuereinnahmen werden bei uns zwangsläufig durch das fast sozialistische System des Finanzausgleichs gedeckelt. Nicht gedeckelt werden jedoch die dauerhaften Folgekosten für die **technische und soziale Infrastruktur**. Je größer ein Neubaugebiet, desto stärker steigen sie an. Zu den Pflichtaufgaben einer Gemeinde gehört schließlich nicht nur die Versorgung mit Straßen, Wasserleitungen, Buslinien usw., sondern z.B. auch mit Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Für Laien (dazu zählen in diesem Fall auch kommunale Amts- und Entscheidungsträger) sind diese Wechselwirkungen unabsehbar. Im Rahmen der Flächendiskussion werden sie seit etwa zwei Jahrzehnten intensiv erforscht und Experten können heutzutage am Computer den **steuerlichen Gesamtnutzen** verschiedener Planungsansätze genau ermitteln. Ein Vergleich der Ergebnisse ermöglicht es, für eine Gemeinde ein **optimales Konzept** zu entwickeln. Mit geringem Aufwand können also teure Fehlentscheidungen vermieden.

In Teilen der USA sind sogenannte „Fiskalische Wirkungsanalysen“ bereits gesetzlich vorgeschrieben. Dort lernt man zwangsläufig: mit Augenmaß und Bodenhaftung vermeidet man Folgekostenprobleme. Kühe auf der grünen Wiese brauchen nun mal keine Schulen, Straßen, Regenrückhaltebecken ...